



association fribourgeoise des professeurs de l'enseignement secondaire supérieur verein freiburger mittelschullehrpersonen

Freiburg, 31. Mai 2021

Pressemitteilung:

Neues Mittelschulreglement: Ein mutloser Entscheid des Staatsrates

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

Im März des vergangenen Jahres hat der VFM gemeinsam mit verschiedenen Partnern eine Petition mit beinahe 3'000 Unterschriften eingereicht. Diese forderte eine maximale Klassengrösse von 24 Schülerinnen und Schülern (anstatt 27) und eine durchschnittliche Klassengrösse von 21 SuS (anstatt 22) bzw. 16 SuS (anstatt 17) bei Wahlfächern. Diese Forderungen waren sehr massvoll und gingen deutlich weniger weit, als dies beispielsweise der gesamtschweizerische Dachverband der Gymnasiallehrpersonen VSG fordert (Maximal 22, Durchschnitt 20, siehe: <https://cutt.ly/Zno5V3H>). Bis ins Jahr 1991 zählten Freiburger Gymnasialklassen übrigens maximal 25 Schülerinnen und Schüler. Die heutigen Bedingungen sind also schlechter als vor 30 Jahren.

Ungeachtet dieser Tatsachen hat es der Staatsrat nicht für nötig befunden, der breit abgestützten Forderung nach besseren Lern- und Arbeitsbedingungen auch nur teilweise entgegenzukommen. Er hat das neue Mittelschulreglement in seiner Sitzung vom 26. Mai 2021 verabschiedet und belässt die Klassengrössen unverändert hoch. Diese Entscheidung ist für uns ebenso unverständlich wie enttäuschend. Begründet wird sie mit den geschätzten Kosten von 3.5-4 Mio. Franken, der angestrebten Kohärenz mit den (noch höheren!) Maxima auf Sekundarstufe I und den Diskussionen der vorberatenden Kommission des Grossen Rates im Herbst 2018.

Diesen Argumenten setzen wir entgegen, dass eine Kompromisslösung selbstverständlich mit deutlich geringeren Kosten verbunden gewesen wäre. Zudem ist es wenig überzeugend, die Rahmenbedingungen auf einer Schulstufe mit der noch problematischeren Situation auf einer anderen zu rechtfertigen. Auch der Verweis auf die parlamentarische Kommission zielt am Kern der Sache vorbei. Es hätte selbstverständlich in der Verantwortung des Erziehungsdirektors gelegen, in der Kommission und im Grossen Rat für tiefere Klassengrössen einzustehen. Dies umso mehr, da aus den Vernehmlassungsantworten zum Mittelschulgesetz hervorgeht, dass im Grossen Rat durchaus eine Mehrheit für diese Frage zu finden gewesen wäre. Aber wo kein Wille ist, ist auch kein Weg.

Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack und die Feststellung, dass Investitionen in Bildung zwar auf Wahlplakaten und in Parteiprogrammen vollmundig versprochen werden, aber deren konkrete Umsetzung an einer rein finanzpolitischen Sichtweise scheitert. Wer sind nun die Leidtragenden dieses Entscheides? In erster Linie die Schülerinnen und Schüler an den Freiburger Kollegien, deren Lernbedingungen nicht verbessert wurden, und zweitens die an der Universität Freiburg neu ausgebildeten Lehrkräfte, denen neu eröffnete Klassen den Einstieg ins Berufsleben ermöglicht hätten. Akademische Fachkräfte von heute und morgen büssen für die mangelnde Weitsicht des Erziehungsdirektors und des Staatsrates – nachhaltige Bildungspolitik sieht anders aus.

Wir danken Ihnen dafür, dass Sie diese Informationen in Ihrem Medium der Öffentlichkeit zugänglich machen und stehen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Für den Vorstand des VFM

Urs Schneider, Co-Präsident

Kontakt: 078 719 58 19

president@afpess.ch